

Ein Solidaritätsbesuch, der es auf den Punkt brachte:

## „Wir brauchen ein erweitertes Streikrecht“



**Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IGM Verwaltungsstelle Schweinfurt sowie Mitglied im Vorstand der WASG und in der Bundestagfraktion der Linkspartei und Olivier Höbel, Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen der IGM (v.l.n.r.)**

Hauptthema von Klaus Ernst waren die mangelnden und fehlenden Rechte der Arbeitnehmer in Deutschland. Er kam gerade aus einer Bundestagsdebatte, in der die FDP eine Gesetzesinitiative für die weitere Verschlechterung des Kündigungsschutzes eingebracht hatte.

„Wir haben keinen wirksamen Kündigungsschutz für Fälle wie bei BSH. Leute, die entlassen wurden, können danach vor Gericht klagen und schauen, ob sie vielleicht eine Abfindung bekommen. Wir müssen politisch dafür eintreten – möglicherweise mit einem Streik, der über BSH hinausgeht – dass der Kündigungsschutz verbessert wird. In Deutschland geht es seit langem in die andere Richtung. Ich erinnere an Frankreich. Dort gibt es die gleiche Debatte wie bei uns. Dort ging es ebenfalls um die Aufweichung des Kündigungsschutzes – nicht für

alle, sondern zunächst für die Jungen Menschen. Das Gesetz ist nie in Kraft getreten. Die Alten und die Jungen haben gemeinsam verhindert, dass der Kündigungsschutz verschlechtert wurde. Das, was die Franzosen können, das müssen wir doch auch können.  
(Großer, langanhaltender Beifall)

Unter den gegebenen Rechtsverhältnissen kann die Arbeitgeberseite sagen: Wir machen das Werk dicht. Das Gesetz unterscheidet nicht, ob es sich bei den Verfügungsrechten um eine Armbanduhr oder einen Betrieb handelt. Da kann der Unternehmer entscheiden, wie er Lust hat. Es gibt gegenwärtig kein Recht, das ihn daran hindert. Aber das müssen wir schaffen. Im Grundgesetz heißt es: Der Gebrauch des Eigentums soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

Euer Arbeitgeber – und einige andere auch – halten sich nicht mehr daran. Das sind Verfassungsfeinde.

Das, was wir hier tun, ist ein Vehikel. Wir wollen keine höhere Abfindung; wir wollen eigentlich unsere Arbeitsplätze erhalten. Doch nach unserer gegenwärtigen Rechtslage gibt es keine andere Möglichkeit, als diesen Umweg über einen Sozialtarifvertrag zu wählen. Das zeigt, wie das Rechtssystem mit uns Arbeitnehmern umspringt. Erstens muss man hinnehmen, dass man entlassen wird, weil es keinen ausreichenden Kündigungsschutz gibt. Und zweitens darf man sich nicht mal dagegen wehren. Da ist dann der Sozialtarifvertrag eine Möglichkeit diesem Dilemma zu entgehen. Aber um das Problem insgesamt zu lösen, brauchen wir ein erweitertes Streikrecht. Es ist nicht zu akzeptieren, dass wir auch noch fragen müssen, ob wir unsere Arbeit niederlegen dürfen, wenn sie uns die Gurgel zudrücken.“

Der IGM-Bevollmächtigte kündigte einen Solidaritätsbesuch von Schweinfurter Kolleginnen und Kollegen an und versprach die Auseinandersetzung auch im Bundestag zu führen. Mit Blick auf die Lehren der Auseinandersetzung um die Schließung des AEG-Werks in Nürnberg betonte er abschließend:

„Der Druck auf Siemens ist nicht nur ökonomisch sondern auch politisch. AEG hat einen großen Imageverlust durch die Werkschließung in Nürnberg erlitten. Auch Siemens wird einen Imageschaden davontragen, wenn politische Vernunft nicht greift.“



**Aufmerksame und begeisterte Zuhörer während der Streikversammlung**

Unser Bezirksleiter **Olivier Höbel** knüpfte an seinen Vorredner an und forderte für Unternehmen, die ohne Not Teile ihrer Arbeitnehmer rauswerfen oder ganze Werke schließen, ein Verbot oder zumindest ein Moratorium für Entlassungen.

Er vertrat die Überzeugung, dass die Geschichte von BSH und von CNH eine Geschichte des Blockierens von Vorschlägen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften sei. Daraus kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, das wir nicht zu viel sondern zu wenig

Mitbestimmung haben. Die Frage der Verfügungsgewalt über Investitionen entscheidet über die Zukunft unserer Arbeitsplätze und des Betriebes. Olivier Höbel wählte die nachhaltige Forstwirtschaft als Beispiel für einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Gütern, die unsere gemeinsame Zukunft sichern. Der Grundsatz: „Wo abgeholzt wird, muss auch wieder aufgeforstet werden, muss auch für die Gesellschaft gelten“. Und das sei auch der Kern der Sozialpflichtigkeit des Eigentums.

**Güngör Demirci** überbrachte gute Nachrichten. Unser Streik zeigt bereits ökonomische Wirkung. In Nauen fallen erste Arbeitstage aus, weil Teile aus Berlin für die Produktion fehlen. Dann sprach er über die Vorbereitung unsers Marsches nach München. Hier gibt es mittlerweile eine Menge von Zusagen aus den Berliner Metallbetrieben und darüber hinaus.

Er schloss seine Rede mit den Worten: „Entscheidend ist, das wir uns hier erfolgreich verteidigen. Wenn das gelingt, verteidigen wir damit gleichzeitig die Demokratie und die Menschenwürde. Deshalb dürfen wir nicht lockerlassen. Und wir werden solange ausharren, bis die Geschäftsleitung ihre Entscheidung zurücknimmt.“



**Solidaritätserklärung des Konzern- und Gesamtbetriebsrates der Siemens AG (Auszüge)**

„Die Globalisierung hat der Kapitalseite völlig neuartige Druckmittel zur Verfügung gestellt. Immer mehr Unternehmen nutzen diese Druckmittel aus. Wie bei Euch, geht es dem Management in der Regel dabei einfach nur darum, ohne Rücksicht auf Verluste den Profit zu steigern (...)  
Es wird höchste Zeit, die Unternehmen daran zu erinnern, dass sie nicht nur Investoren gegenüber verpflichtet sind. Unternehmen tragen auch Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und gegenüber der Gesellschaft. Gerade für Berlin ist der Erhalt industrieller Arbeitsplätze eine wichtige Forderung zur ausgewogenen Entwicklung der ganzen Region.

Wir hoffen, dass ihr Euch mit Eurer Verhandlungsposition durchsetzt und Eure Arbeitsplätze erhalten könnt.

Die Mitglieder des Gesamtbetriebsrates und Konzernbetriebsrates sehen Eure Forderungen nach einem Sozialtarifvertrag, der diese Bezeichnung auch zu Recht trägt, als völlig berechtigt an.

Der Konzernbetriebsrat Siemens und der Gesamtbetriebsrat der Siemens AG stehen hinter Euren Streikzielen.



**Kinderfest und Streikparty**

**Samstag, 30. September 2006, ab 16.00 Uhr**

**vor und im Streikzelt**

Gartenfelder Straße 2-34  
ab U-Bhf. Paulsternstraße zu Fuß  
oder Bus 133 ab U-Bhf. Haselhorst